

Schriften zum Arbeitsrecht und Wirtschaftsrecht 96

Herausgegeben von Abbo Junker

Peter Illes

Das betriebsverfassungs- rechtliche Verbot parteipolitischer Betätigung im Betrieb

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
§ 1 Einleitung	17
I. Problemstellung.....	17
II. Ziel und Gang der Untersuchung.....	18
1. Ziel der Untersuchung	18
2. Gang der Untersuchung.....	20
1. Teil: Allgemeine Grundlagen	21
§ 2 Gesetzliche Regelung	23
I. Historische Entwicklung und Entstehungsgeschichte des § 74 Abs. 2 S. 3 BetrVG	23
1. Bedeutung der geschichtlichen Betrachtung.....	23
2. Zeit bis Ende des ersten Weltkrieges.....	23
3. Entwicklung in der Weimarer Republik	26
4. Entwicklung im Nationalsozialismus	28
5. Neuanfang nach 1945	30
6. § 51 S. 2 Betriebsverfassungsgesetz 1952.....	31
7. § 74 Abs. 2 S. 3 Betriebsverfassungsgesetz 1972	33
II. Systematische Stellung des § 74 Abs. 2 S. 3 BetrVG in der Betriebsverfassung.....	36
1. Gesetzssystematik	36
2. Bewusste Entscheidung des Gesetzgebers	37
III. Sinn und Zweck des § 74 Abs. 2 S. 3 BetrVG.....	38
1. Bedeutung des Normzwecks für die weitere Arbeit	38
2. Schutz des Betriebsfriedens und des Arbeitsablaufs.....	39

3.	Schutz der Meinungs- und Wahlfreiheit der Arbeitnehmer des Betriebes	40
a)	Rechtsprechung und herrschende Lehre	40
b)	Gegenauffassung	42
c)	Stellungnahme	43
aa)	Mittelbare Drittwirkung der Grundrechte	43
bb)	Bestimmung des Normzwecks	43
cc)	Gefährdung der Meinungsfreiheit der Arbeitnehmer des Betriebs	44
dd)	Interessenabwägung	46
4.	Schutz des betriebsverfassungsrechtlichen Gleichbehandlungsgrundsatzes	48
a)	Das Verbot als Ausgestaltung und Sicherung des in § 75 Abs. 1 BetrVG enthaltenen Neutralitätsgrundsatzes	48
b)	Stellungnahme	49
5.	Fehlende Kompetenz der betriebsverfassungsrechtlichen Organe	51
a)	Kein politisches Mandat des Betriebsrats	51
b)	Stellungnahme	52
aa)	Begrenzung der Zuständigkeit des Betriebsrats auf Angelegenheiten mit unmittelbarem betrieblichen Bezug	52
bb)	Die Zuständigkeitsbegrenzung als Folge der Zwangsverfasstheit	53
cc)	Verfassungsrechtliche Notwendigkeit der Zuständigkeitsbegrenzung	55
dd)	§ 74 Abs. 2 S. 3 BetrVG als Regelung über die Art und Weise der Kompetenzausübung	56
6.	Wahrung der Chancengleichheit der politischen Parteien	58
7.	Zusammenfassung	58

§ 3 Verhältnis des § 74 Abs. 2 S. 3 BetrVG zu dem Grundrecht der Meinungsfreiheit aus Art. 5 Abs. 1 S. 1 GG	59
I. Vorüberlegung: Spannungsverhältnis zwischen § 74 Abs. 2 S. 3 BetrVG und Art. 5 Abs. 1 S. 1 GG	59
II. Das Grundrecht der Meinungsfreiheit aus Art. 5 Abs. 1 S. 1 GG	60
1. Bedeutung und sachlicher Schutzbereich	60
2. Meinungsfreiheit des Arbeitgebers	62
3. Meinungsfreiheit des Betriebsrats als Organ	63
a) Keine treuhänderische Wahrnehmung der Arbeitnehmergrundrechte	63
b) Grundrechtsfähigkeit des Betriebsrats	63
aa) Herrschende Lehre	63
bb) Kritik an der herrschenden Lehre	65
c) Kompetenzrechtliche „Meinungsfreiheit“ des Betriebsrats	67
4. Meinungsfreiheit des einzelnen Betriebsratsmitglieds	67
a) Meinungsfreiheit als natürliche Person	67
b) Unterscheidung zwischen der Stellung als natürliche Person und der betriebsverfassungsrechtlichen Organstellung	68
aa) Notwendigkeit der Unterscheidung	68
bb) Schwierigkeit der Unterscheidung	69
cc) Abgrenzung im Einzelfall	70
III. Eingriff und verfassungsrechtliche Rechtfertigung	71
1. Reichweite der Grundrechtsbeschränkung	71
2. § 74 Abs. 2 S. 3 BetrVG als allgemeines Gesetz i.S.v. Art. 5 Abs. 2 GG	72
3. Schranken-Schranken: Wechselwirkungslehre des Bundesverfassungsgerichts	73

a)	Die Wechselwirkungslehre als besondere Ausprägung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	73
b)	Legitimer Zweck, Geeignetheit, Erforderlichkeit	74
c)	Angemessenheit der Grundrechtsbeschränkung	74
aa)	Abstrakte Güterabwägung	74
bb)	Güterabwägung im Einzelfall	74
IV.	Zusammenfassung	75
2.	Teil: Inhalt und Reichweite des Verbots parteipolitischer Betätigung im Betrieb	77
§ 4	Persönlicher Anwendungsbereich	79
I.	Verbotsadressaten	79
1.	Der Arbeitgeber	79
a)	Der Arbeitgeberbegriff in § 74 Abs. 2 S. 3 BetrVG	79
b)	Vertreter des Arbeitgebers	80
2.	Der Betriebsrat	81
a)	Der Betriebsrat als Gremium	81
b)	Die Betriebsratsmitglieder im Rahmen ihrer Amtsausübung	81
3.	Der Gesamtbetriebsrat und seine Mitglieder	83
4.	Der Konzernbetriebsrat und seine Mitglieder	83
5.	Die Jugend- und Auszubildendenvertretung und ihre Mitglieder	84
a)	Analoge Anwendung des § 74 Abs. 2 S. 3 BetrVG?	84
b)	Stellungnahme	85
6.	Die Schwerbehindertenvertretung und ihre Mitglieder	86
7.	Der Wirtschaftsausschuss und seine Mitglieder	87
8.	Der Wahlvorstand und seine Mitglieder	87
II.	Abgrenzung	88
1.	Die Arbeitnehmer des Betriebs	88
a)	Keine Anwendbarkeit des § 74 Abs. 2 S. 3 BetrVG	88

b)	Arbeitsvertragliche Grenzen politischer Betätigung im Betrieb	89
2.	Die Betriebsratsmitglieder außerhalb ihrer amtlichen Betätigung	91
a)	Problemaufriss und Meinungsstand	91
b)	Stellungnahme	92
c)	Kriterien für die Unterscheidung zwischen der amtlichen Eigenschaft des Betriebsratsmitglieds und der Eigenschaft als Arbeitnehmer des Betriebs	93
3.	Die Ersatzmitglieder des Betriebsrats	94
4.	Die Wahlbewerber	95
5.	Die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat	96
6.	Die leitenden Angestellten des Arbeitgebers	96
7.	Die Gewerkschaften	97
a)	Meinungsstand	97
b)	Stellungnahme	99
III.	Zusammenfassung	99

§ 5 Sachlicher und räumlicher Anwendungsbereich.....101

I.	Vorüberlegung	101
1.	Rechtstatsächliche Ausgangslage	101
2.	Bestimmung des sachlichen und räumlichen Anwendungsbereichs	103
II.	Parteipolitik	104
1.	Extensive Auslegung des Merkmals „parteipolitisch“	104
2.	Restriktive Auslegung des Merkmals „parteipolitisch“	105
a)	Differenzierung zwischen Parteipolitik und allgemeiner Politik	105
b)	Unterschiedliche Interpretation des Parteienbegriffs	107
3.	Einzelfallbetrachtung	109
4.	Stellungnahme	109

a)	Notwendigkeit einer allgemeingültigen Definition des Begriffs Parteipolitik	109
b)	Verbot allgemeinpolitischer Betätigung als Folge der begrenzten Zuständigkeit	111
c)	Vorzüge einer restriktiven Auslegung	112
d)	Der Parteienbegriff	113
5.	Beispiele für Parteipolitik.....	114
III.	Betätigung.....	117
1.	Pflicht zum Einschreiten bei parteipolitischen Aktivitäten Dritter?	117
a)	Meinungsstand	117
b)	Stellungnahme	118
2.	Parteipolitische Meinungsäußerungen außerhalb der betrieblichen Öffentlichkeit	120
IV.	Im Betrieb	121
1.	Räumliche Geltung des Verbots auf dem Betriebsgelände	121
2.	Betätigungen außerhalb des Betriebsgeländes.....	122
a)	Betätigungen mit der Zielrichtung in den Betrieb hineinzuwirken	122
aa)	Meinungsstand	122
bb)	Stellungnahme	123
b)	Sonstige Betätigungen außerhalb des Betriebsgeländes	125
aa)	Verbot der Bezugnahme auf die betriebsverfassungsrechtliche Stellung?	125
bb)	Stellungnahme	127
V.	Absolutes oder relatives Verbot?.....	128
1.	Meinungsstand.....	128
2.	Stellungnahme	129
VI.	Zusammenfassung.....	131
§ 6	Angelegenheiten mit betrieblichem Bezug	133
I.	Dogmatische Einordnung des § 74 Abs. 2 S. 3 HS. 2 BetrVG	133

1. Überblick	133
2. Zulässige Behandlung politischer Fragen i.R.d. Betriebsverfassung.....	133
3. Verhältnis zu § 74 Abs. 2 S. 3 HS. 1 BetrVG	135
a) Ausnahme vom Verbot parteipolitischer Betätigung im Betrieb.....	135
b) Geltung des Verbots auch innerhalb des Anwendungsbereichs von § 74 Abs. 2 S. 3 HS. 2 BetrVG	135
c) Stellungnahme	136
II. Begriffsbestimmung	138
1. Erfordernis der unmittelbaren Betroffenheit.....	138
2. Angelegenheiten tarifpolitischer Art.....	139
3. Angelegenheiten sozialpolitischer Art.....	140
4. Angelegenheiten umweltpolitischer Art	142
5. Angelegenheiten wirtschaftlicher Art.....	144
6. Sonstige Angelegenheiten mit unmittelbarem Betriebsbezug.....	145
III. Zusammenfassung	146

§ 7 Verbot parteipolitischer Betätigung in der Betriebsversammlung

I. Funktion und Zuständigkeit der Betriebsversammlung	147
II. Regelung des § 45 S. 1 HS. 2 BetrVG	149
1. Persönlicher Anwendungsbereich des Verbots in der Betriebsversammlung.....	149
a) Unmittelbare Geltung nur für Arbeitgeber und Betriebsrat	149
b) Unmittelbare Geltung für alle Teilnehmer.....	150
c) Stellungnahme	150
2. Sachlicher und räumlicher Anwendungsbereich des Verbots in der Betriebsversammlung.....	152

a)	Anwendung der Grundsätze des § 74 Abs. 2 S. 3 BetrVG.....	152
b)	Auftritte von Politikern in der Betriebsversammlung.....	153
aa)	Problemaufriss.....	153
bb)	Grundsatz der Nichtöffentlichkeit der Betriebsversammlung	154
cc)	Verbot parteipolitischer Betätigung	155
dd)	Stellungnahme.....	156
3.	Abdingbarkeit des Verbots.....	159
a)	Meinungsstand	159
b)	Stellungnahme.....	160
III.	Geltung des Verbots in sonstigen betrieblichen Versammlungen.....	162
1.	Gesetzlich vorgesehene Versammlungen	162
2.	Andere Belegschaftsversammlungen.....	162
IV.	Zusammenfassung.....	163
3.	Teil: Durchsetzung des Verbots parteipolitischer Betätigung im Betrieb.....	165
§ 8	Rechtliche Möglichkeiten gegen den Betriebsrat als Gremium	167
I.	Unterlassungsanspruch	167
1.	Anspruch aus § 74 Abs. 2 S. 3 BetrVG.....	167
a)	Rechtsprechung.....	167
b)	Schrifttum	168
c)	Stellungnahme.....	170
2.	Ansprüche außerhalb des BetrVG	174
a)	Anspruch aus § 1004 Abs. 1 S. 2 BGB.....	174
b)	Anspruch aus § 1004 Abs. 1 S. 2 i.V.m. § 823 Abs. 1 BGB.....	176
c)	Anspruch aus § 1004 Abs. 1 S. 2 i.V.m. § 823 Abs. 2 BGB.....	177

II. Feststellungsantrag.....	179
1. Bedeutung des Feststellungsantrags.....	179
2. Antragsbefugnis	179
3. Feststellungsinteresse.....	180
III. Auflösungsantrag nach § 23 Abs. 1 S. 1 BetrVG	181
1. Grobe Pflichtverletzung.....	181
2. Berücksichtigung des Art. 5 Abs. 1 GG?.....	183
3. Antragsbefugnis	184
4. Schwierigkeiten in der Praxis.....	184
IV. Schadensersatz	185
V. Prozessuale Durchsetzung	186
VI. Selbsthilfe.....	187
VII. Zusammenfassung.....	188

§ 9 Rechtliche Möglichkeiten gegen das einzelne Betriebsratsmitglied	191
I. Unterlassungsanspruch	191
1. Anspruch aus § 74 Abs. 2 S. 3 BetrVG.....	191
2. Ansprüche außerhalb des BetrVG	191
II. Feststellungsantrag.....	192
III. Antrag auf Amtsenthebung nach § 23 Abs. 1 S. 1 BetrVG	192
1. Grobe Pflichtverletzung.....	192
2. Antragsbefugnis	194
IV. Individualvertragliche Sanktionen.....	194
1. Abmahnung und außerordentliche Kündigung.....	194
2. Gesteigerte Anforderungen an den wichtigen Grund i.S.v. §§ 15 Abs. 1 S. 1 KSchG, 626 Abs. 1 BGB	196
a) Rechtsprechung und herrschende Lehre.....	196
b) Stellungnahme.....	197

V. Schadensersatz.....	198
1. Anspruch aus § 823 Abs. 1 BGB.....	198
2. Anspruch aus § 823 Abs. 2 BGB i.V.m. § 74 Abs. 2 S. 3 BetrVG	199
3. Anspruch aus § 280 Abs. 1 BGB.....	199
VI. Prozessuale Durchsetzung	200
VII. Zusammenfassung	202
 § 10 Rechtliche Möglichkeiten gegen den Arbeitgeber.....	 203
I. Unterlassungsanspruch aus § 74 Abs. 2 S. 3 BetrVG	203
II. Feststellungsantrag	203
III. Zwangsverfahren nach § 23 Abs. 3 BetrVG	204
IV. Prozessuale Durchsetzung	205
V. Zusammenfassung	205
 § 11 Ergebnisse	 207
 Literaturverzeichnis	 211
 Abkürzungsverzeichnis.....	 223